

1. Jahreskongress zur politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern „Politische Bildung im Umbruch?“

Rostock, 18. Oktober 2008

Werner J. Patzelt: Politische Bildung im Umbruch? Herausforderungen und Chancen

I. Politische Bildung im Umbruch?

Es spricht schon manches dafür, dass in unserem Land sich die politische Bildung im Umbruch befindet:

- Erstens gibt es seit längerem Streit, der auf folgende Formel gebracht wird: ‚Demokratieerziehung oder politische Bildung?‘ Die einen wollen politische Bildung vor allem – oder gar nur – als Demokratieerziehung verstehen und sie insbesondere schulpädagogisch praktizieren, weil die traditionelle politische Bildung zu intellektualistisch ausgerichtet sei und Heranwachsende nicht erreiche; und die anderen meinen, alles Wesentliche werde von politischer Bildungsarbeit durchaus schon angegangen – nur eben mit unzulänglichem, politisch immer mehr zurückgenommenem Mitteleinsatz.
- Zweitens hat die politische Bildungsarbeit gleichsam die Inhalte neu entdeckt. Über viele Jahre galt als Dogma, eigentlich ließen sich durch – und als – politische Bildung bloß Schlüsselkompetenzen für die Bürgerrolle im freiheitlichen Staat vermitteln: im Kern die Fähigkeit zur Kritik an den bestehenden Verhältnissen; dem vorgelagert mancherlei Fertigkeit im Beschaffen und Auswerten von Informationsmaterial; und beidem nachgelagert ‚politische Handlungskompetenz‘ – was immer das konkret meinen mag. Die tatsächlich benutzten Lehrpläne und Texte zur politischen Bildung dementierten zwar immer schon dieses Dogma. Doch erst in den letzten Jahren ist es wieder dahin gekommen, dass Versuche einer Kanonbildung politischer Bildungsinhalte nicht schon für bereits im Ansatz verfehlt erklärt werden, sondern man sich daran macht, eine Leitvorstellung vom politisch wirklich gebildeten Menschen zu entwerfen und Bildungsanstrengungen auf sie hin zu entwickeln. Verschwiegen sei nicht, dass vor allem äußere Anreize hierzu führten: Forderungen danach nämlich, die Aufwendungen für den politisch bildenden Schulunterricht sowie für die

universitäre Ausbildung von Politiklehrern inhaltlich zu begründen – und nicht nur mit gemeinplatzartigen Appellen.

- Drittens steht nun mehr und mehr Bürgern, Meinungsführern und politischen Entscheidungsträgern vor Augen, dass es nicht nur eingebildete, sondern auch wirkliche und dringliche Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit gibt. Da ist – zumal in den neuen Bundesländern – die Neigung überdurchschnittlich vieler Jugendlicher zum Mitmachen in rechtsradikalen Kreisen. Da sind jene doch nicht folgenlos bleibenden Wissenslücken über die allerjüngste deutsche Geschichte sowie über unsere politische Ordnung, welche die – noch allzu seltenen – demoskopischen Studien zum politischen Wissen der Deutschen offenlegen. Und da ist jenes nachgerade Weglaufen vor systematischer politischer Information, das sich in der abnehmenden Nutzung der Qualitätspresse durch zumal die jüngeren Deutschen oder in den Zuschaueranteilen – und alsbald auch Programmanteilen – politisch bildender Fernsehsendungen zeigt. Am Ende solcher Entwicklungen droht eine Demokratie wenn schon nicht ohne Demokraten, so doch ohne solche Bürger, die politisch gleichsam erwachsen wurden.
- Obendrein gibt es politische Initiativen wie die des Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels, solcher Nöte wegen eine Art „Zentrum für Demokratieerziehung“ auf Bundesebene einzurichten – irgendwie mit Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung zusammenwirkend und irgendwie auf die in Landesverantwortung verbleibender schulische politische Bildung einwirkend.

Anzeichen für Umbrüche in der Agenda, in den Präferenzen und im Profil deutscher politischer Bildung gibt es also. Unklar ist aber noch deren Richtung – und schon gar der Erfolg. Wenn allein schon beflügeln würde, dass es größere Herausforderungen zu bewältigen gilt, müssten der politischen Bildung eigentlich herrliche Zeiten bevorstehen.

II. Aktuelle und dauerhafte Herausforderungen politischer Bildung

Jenseits der stets erforderlichen Abwehr von Kürzungsversuchen bei den Landeszentralen für politische Bildung, bei den Trägern politischer Bildungsarbeit sowie am Unterrichtsanteil der politisch bildenden Schulfächer sind vor allem die folgenden aktuellen Herausforderungen politischer Bildung ernst zu nehmen:

- Erstens wird zur aktuellen Herausforderung das notorisch unzulängliche Wissen der Deutschen – doch gewiss nicht nur der Deutschen – über Politik und über die Wirkungszusammenhänge unseres politischen Systems. Brisant ist das gerade in unserer jetzigen Zeit, da Globalisierung und aktuelle Finanzkrisen das Verlangen nach politischen Ordnungsleistungen besonders stärken, enttäuschte Hoffnungen auf wirkungsvolle politische Maßnahmen aber besonders leicht zur Entlegitimierung etablierter politischer Strukturen beitragen.
- Zweite aktuelle Herausforderung ist die geringe innere Bindung vieler Deutscher, zumal in den neuen Bundesländern, an unsere politische Ordnung – mit der Folge, dass sich auch die innere Bindung an die wirklich unsere Ordnung tragenden Parteien lockert und Wahlen leicht radikale Protestparteien in die Parlamente tragen. Zu diesem Problem gesellt sich der veränderte – nämlich stark verringerte – Stellenwert des Politischen und zumal eigener politischer Beteiligung in unserer Gesellschaft.
- Dritte aktuelle Herausforderung ist die ganz neuartige und mit der Verlagerung des Regierungssitzes nach Berlin weiter verschärfte Medialisierung des Politischen, deren Eigentümlichkeiten und problematischen Folgen von der politischen Bildung in der Regel nicht vermittelt werden. Die schulische politische Bildung tut das deshalb zu wenig, weil sie allzu oft die hier erforderliche ‚Medienpädagogik‘ nicht als Vermittlung von gleichsam ‚Mediendecodierungskompetenz‘ betreibt, sondern eher die gute alte ‚Bastelpädagogik‘ nun mit den neuen medialen Mitteln der Internetrecherche und Powerpointpräsentation fortsetzt. Und die Massenmedien selbst, ihrerseits doch die wichtigsten politischen Bildner von Erwachsenen, hüten sich allesamt, die sie selbst ins politische Machtgetriebe einbettenden Mechanismen aufzudecken und bekanntzumachen.

Nun sollte man nicht glauben, diese Herausforderungen würden, da als ‚aktuell‘ bezeichnet, ebenso rasch vorübergehen wie die jeweils aktuelle Wetterlage. Ganz im Gegenteil werden sie lange Folgewirkungen haben. Unwissenheit über politische Funktionszusammenhänge und daraus sich nährenden Verdrossenheit über selbst bewährte politische Ordnungsformen pflanzt sich nämlich fort von Generation zu Generation. Ebenso wenig schleift sich die innere Distanz einer ganzen Generation zum Gemeinwesen – etwa jene der ostdeutschen Wendeverlierer oder der dem rechtsradikalen Milieu anheimgefallenen Jugendlichen – biographisch ab,

sondern zieht sich als Alterskohorteneffekt durch viele Jahrzehnte Politik- und Gesellschaftsgeschichte. Und die Massenmedialisierung des Politischen wird auch nicht mehr verschwinden: Die Politik selbst wurde durch Fernsehen, konkurrierendes Privatfernsehen und die alle politischen Prozesse beschleunigende Vernetzung von Internet, Handy-Kameras und aktueller Berichterstattung über weniger die Handlungen als vielmehr die Wortmeldungen von Politikern ziemlich anders, als sie früher war – und anders auch, als sie eigentlich sein sollte. Das alles schafft, und zwar selbst aus ganz aktuellen Anlässen, durchaus langfristige Folgen und mit langem Atem anzugehende Herausforderungen politischer Bildung.

Die gesellen sich den ohnehin ständigen Herausforderungen politischer Bildungsarbeit dann noch hinzu. Dabei sind diese schon anspruchsvoll genug: Es geht – Generation für Generation, an den Schulen Jahrgang für Jahrgang – um das Nahebringen der Werte von Rechtsstaatlichkeit und weltanschaulichem Pluralismus, von politischer Freiheit und von Demokratie; um die Vermittlung von politischer Handlungskompetenz an jüngere und ältere Bürger, d.h. von Wissen über die eigenen Interessen, Rechte und politischen Teilhabemöglichkeiten; es geht um die Pflege einer Kultur der Rationalität im Umgang mit Politik, gegründet auf Wissen über politische Tatsachen und Funktionszusammenhänge, auf Kenntnis geschichtlicher Erfahrungen und auf die Fähigkeit zur Kritik auch eigener Überzeugungen und Werturteile; und es geht nicht zuletzt um die Förderung von solchem Stolz auf ein gut geordnetes freiheitliches Staatswesen, der gerade in schwierigen Zeiten zum Engagement für diese gute gemeinsame Sache der in ihm lebenden Leute motiviert – also: für diese *res publica*. Es ist nicht so, als ob die deutsche politische Bildung bei alledem nichts erreicht hätte; im Gegenteil stehen wir international gar nicht so schlecht da – und etwa in Südkorea gilt unser deutsches System politischer Bildung als schlechterdings vorbildlich. Gleichwohl fallen das Wünschenswerte und das Erreichte weit auseinander – und jeder von uns weiß das.

III. Politische Bildung und die Herausforderungen der Globalisierung

Obendrein stellt das von uns teils genossene, teils durchlittene Zeitalter der Globalisierung noch einmal ganz besondere Herausforderungen an eine politische Bildung, die unser Land auch von seinem inneren Zusammenhalt und von der Stabilität seiner politischen Ordnung her fit halten soll für eben dieses – und alles in allem: doch gar nicht so schlechte – Zeitalter. Gewiss allzu knapp, will ich im Folgenden wichtige, hier anstehende Aufgaben politischer Bildung umreißen. Sie gut zu erfüllen, wird auch einige neue Akzente unserer politischen Bildungsarbeit verlangen.

1. ‚Lob der Globalisierung‘

Angesichts weit verbreiteter und vielfach eher emotionaler als rational begründeter Globalisierungsgegnerschaft besteht eine erste wichtige Herausforderung politischer Bildung gewiss in der Vermittlung der Tatsache, dass Globalisierung nichts an sich Schlechtes, sondern jetzt schon und auch perspektivisch etwas Gutes ist. Schließlich war das Hinarbeiten auf ‚eine Welt‘, die nicht länger in Blöcke gespalten, sondern voller Möglichkeiten des Austauschs und Miteinander ist, lange Zeit eine begeisternde und zielvorgebende Vision. Nun aber *haben* wir mehr denn je *eine* Welt mit praktizierbarem Kosmopolitismus, mit dem Abbau unnötiger Schranken und Grenzen, mit – in den letzten Jahren – immer offenerem Austausch von Menschen und Meinungen, von Gütern und von Dienstleistungen – und nicht zuletzt die westlichen Industriegesellschaften haben von alledem auch sehr profitiert. Das alles sind keine geringen, keine zu missachtenden und keine zu bekämpfenden Errungenschaften. Vielmehr ist die Globalisierung letztlich die Fortsetzung oder Erweiterung von an sich doch guten Prozessen des Zusammenwachsens wie der deutschen Einigung im 19. Jahrhundert und der europäischen Einigung im 20. Jahrhundert. Im Grunde und in langer Perspektive bietet die Globalisierung jedenfalls große Chancen auf friedlichen Interessenausgleich und auf eine gute Ordnung zwischen den Gesellschaften und Staaten der Erde. Allerdings erzeugt die Globalisierung auch eine Fülle folgenreicher Begleitprobleme. Diese stehen im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen und müssen darum auch einen Großteil der auf die Globalisierung bezogenen politischen Bildungsarbeit ausmachen.

2. Die Rolle des Staates

Nicht zuletzt die Flucht des weitestgehend globalisierten Finanzsystems unter die Fittiche der Nationalstaaten, die wir höchst dramatisch in den letzten Wochen und Tagen erlebt haben, legt es nahe, bei der politischen Bildungsarbeit den Wert des Staates neu zu thematisieren. Gerade eine sich als Demokratieerziehung verstehende politische Bildung setzt den Staat sogar voraus, weil doch überhaupt erst der Staat – samt seinen territorialen Untergliederungen – den Rahmen demokratischer Politik bietet. In gewisser Weise ist es ja auch die Sorge um die weitere Handlungsfähigkeit und Effektivität des von seinen Bürgern demokratisch kontrollierten Staates im Wirkungsgefüge globalisierter Volkswirtschaften und Gesellschaften, welche manchen überzeugten Demokraten geradezu intuitiv zum Globalisierungsskeptiker macht, zum Globalisierungskritiker oder gar zum Globalisierungsgegner. Tatsächlich ist weit mehr als nur ein Körnchen Wahrheit an solcher Intuition. Unter den Bedingungen der Globalisierung umfasst das internationale System ja noch viele andere Akteure als die Staaten, welche diesen

nicht selten sogar an Macht weit überlegen sind. Mit staatlichen Gestaltungsmöglichkeiten konkurrieren nun nämlich, und zwar mit viel größeren Wirkungsmöglichkeiten denn je, multinationale Unternehmen, Kapitalfonds, transnationale Organisationen und die Angehörigen jener internationalen Führungsklasse, die an den Schalthebeln all dessen wirkt, hieraus große persönliche Gewinne zieht, nachgerade die ganze Erde zu ihrem Betätigungsfeld macht und wie eine neue internationale Adelsschicht wirkt. Diese ‚globalen Eliten‘ regieren faktisch auch in solche Staaten hinein, deren Schicksal – nach ihren normativen Vorstellungen – doch nur *demokratisch kontrollierten* Regierungen anvertraut werden soll. Einen dauerhaft wirkungsvollen demokratischen Zugriff auf das Handeln der nichtstaatlichen globalen Akteure aber gibt es gerade nicht, zumindest noch nicht in der Gegenwart – wenngleich sich die ersten Anzeichen für den Aufbau entsprechender politischer Steuerungsstrukturen jetzt zeigen, da es fürs erste mit der Selbstsicherheit und Arroganz der internationalen Finanzeliten vorbei ist.

Herausforderung politischer Bildung ist es hier, diesen Strukturwandel internationaler Politik und transnationalen Austausches zunächst einmal *verstehen* zu lassen, und zwar möglichst *bevor* sich Empfindungen zur Akzeptabilität all dessen zu verfestigen beginnen. Man muss die gegenwärtige Stufe der Globalisierung ja nicht nur als ‚Anfang vom Ende‘ demokratischer Staatlichkeit verstehen, sondern kann sie auch begreifen als ein *frühes*, noch allzu unregelmäßiges Stadium eines an sich ja wünschenswerten Prozesses, durch das wir einfach hindurch müssen wie ein jeder durch die Pubertät. Sieht man die Sache so, dann braucht es keine grundsätzliche Globalisierungsgegnerschaft, sondern vielmehr kritisch-wachen Sinn für die anstehenden Aufgaben, Hilfen für deren Bewältigung sowie – allem vorausliegend – plausible Ziele, auf deren Verwirklichung man hinarbeiten kann.

Bei alledem bleiben Staaten die Grundbausteine des bestehenden Systems der internationalen Beziehungen. Eben sie sind es ja, die durch internationale Verträge, Regime und Organisationen die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Globalisierung geschaffen haben, sie wirksam erhalten oder eben verfallen lassen bzw. wieder zerstören. Das beginnt auf einer grundlegenden Schicht politischer Ordnungskonstitution mit der Gewährleistung der Sicherheit von Handels-, Nachschub- und Verkehrswegen (konkret: der gesicherten, nicht von Piraterie oder Terroranschlägen gestörten Verschiffung von Erdöl und von Containern), setzt sich fort in der Gewährleistung jener Nachrichtenverbindungen, ohne welche die global vernetzten Finanzmärkte nicht funktionieren können, und endet noch lange nicht mit der Bereitstellung von Rechtsnormen und Gerichten, die verlässliche Spielregeln globalen Austauschs schaffen und in Geltung halten. Also gilt es durch politische Bildung zu vermitteln, dass gerade globale Märkte moderner Art nur wegen sehr komplexer, politisch erzeugter und von machtvollen Staaten getragener Rahmenbedingungen bestehen können – und umgekehrt, dass auf internationalen Handel angewiesene Staaten wie der unsere eben solche globalen Märkte auch brauchen, wenn sie ihren gesellschaftlichen Reichtum und die von ihm eröffneten Chancen auf gesicherte Sozialstaatlichkeit aufrechterhalten wollen.

Auch ein anderes, letztlich altes ‚staatenkundliches‘ Thema politischer Bildung hat die Globalisierung aufs neue ins Helle gerückt, ohne dass allerdings die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit schon wirklich erfolgreiche Ansätze gefunden hätte, es zu vermitteln. Es handelt sich um die Tatsache, dass Staatlichkeit gerade nicht ein Normalfall politischer Ordnung ist, sondern dass Staaten Ausnahmeerscheinungen institutioneller Entwicklungsprozesse und als solche ein hohes Gut sind. Anders, als das die Lieblingsthemen einer sich als Demokratieerziehung verstehenden politischen Bildung vermuten lassen, besteht das allerwichtigste politische Anliegen nämlich nicht im – an sich höchst attraktiven und unterstützenswerten – Ziel, die Staatsgewalt zu mäßigen und zu demokratisieren, sondern darin, sie überhaupt erst einmal aufzurichten und zu stabilisieren. Erst wenn das gelungen ist, finden nämlich Projekte wie die Einführung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Pluralismus und Demokratie ihren ‚Sitz im Leben‘.

Am dramatischsten tritt das derzeit in Gestalt jener ‚scheiternden Staaten‘ zutage, in die von außen stabilisierend einzugreifen allen jenen als existentielle Notwendigkeit erscheint, welche etwa die Sicherheit auch Deutschlands am Hindukusch verteidigt sehen. In der Tat ist es genau die Globalisierung, und hier zumal die von der Globalisierung eröffnete Dauerchance terroristischer Machtprojektion, welche die in scheiternden Staaten entstehenden ‚Slums der Weltpolitik‘ auch für ganz anderswo gelegene und eigentlich ganz gut geordnete Weltteile relevant macht und jeden Gedanken daran verbietet, man könne sich – wie Faustens beschränkter Famulus – einfach in der Beobachterrolle daran ergötzen, „wie fern in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen“. Doch schon die – vorhin erörterte – Überlagerung staatlicher Eigensteuerungsfähigkeit durch die Wirkungszusammenhänge der Globalisierung ist Teil des hier zu erkennenden und durch politische Bildung zu vermittelnden Sachverhalts: Im Zeitalter der Globalisierung erodiert überhaupt die – ohnehin nicht selbstverständliche – Staatlichkeit, und zwar mit Erosionsfolgen selbst in ihrerseits noch kaum von solcher Erosion betroffenen Staaten.

Das alles stellt schon auf der Faktenebene neuen Stoff für die politische Bildungsarbeit dar. Ohne zentrale Konzepte der vergleichenden Systemforschung wird er sich ebensowenig fassen und formen lassen, wie er ohne neue analytische Bündelungen und Vergleiche komplexer historischer Prozesse anschaulich gemacht werden kann. Sowohl hinsichtlich ihrer erforderlichen Interdisziplinarität als auch ihrer Didaktik entstehen hieraus sehr große, auch durchaus neue Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit – und zwar solche, die im Rahmen derzeit modischer demokratiepädagogischer Ansätze gerade nicht bestanden werden können.

3. Möglichkeiten der Ausgestaltung globaler Steuerungsstrukturen

Wie jeder weiß, sind im Zug der Globalisierung oberhalb der nationalstaatlichen Ebene und außerhalb von institutionalisierten Einwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Handlungsmöglichkeiten neuer transnationaler Elitegruppen entstanden. Muss man das nun einfach hinnehmen oder rundum bekämpfen? Oder ist es so, dass es oberhalb von nationalen bzw. – wie im Fall der EU – kontinentalen politischen Steuerungsstrukturen nun eben auch Steuerungsstrukturen auf globaler Ebene aufzubauen gilt? Im letzteren Fall wäre der – bislang zum Staat führende – Prozess der politischen Strukturbildung gleichsam ‚nur‘ nach ‚oben‘ hin fortzusetzen, wofür historische Erfahrungen – etwa Deutschlands und Europas – mit der Schaffung politischer Steuerungsstrukturen auf jeweils höherer Systemebene inspirierend wirken könnten. Tatsächlich vermöchte man, als Ergebnis globaler politischer Strukturbildung, von einer neuen politischen Steuerungsebene her verlässlich Einfluss auf nicht nur – wie bislang – die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Globalisierung zu nehmen, sondern auch auf deren konkrete Prozesse globaler Finanz- und Realwirtschaft. Diese können ja bislang im Zuständigkeitsbereich von Einzelstaaten nur marginal beeinflusst werden, obschon sie oft genug gewaltige innerstaatliche Folgen zeitigen. In der Tat lassen sich vom institutionellen Überbau her der sozio-ökonomischen Basis folgenreich Rahmenbedingungen setzen. Doch ein machtvoller Überbau muss dann auch auf einer angemessenen Wirkungsebene errichtet werden, und die ist im Fall der Globalisierung keine andere als der Globus.

Entsprechende globale politische Steuerungsstrukturen existieren derzeit nur in Ansätzen oder Frühformen, etwa in Gestalt der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder internationaler Klima-, Rohstoff- oder Sicherheitsregime. Aber es gibt sie immerhin, und vielfach funktionieren sie in ihrem Aufgabenbereich auch sehr effektiv. Darum müssen sie eigentlich nur, im Verfahrensweg von Versuch, Irrtum, Bewährung und Weiterentwicklung des Bewährten, so ausgebaut und ausgedehnt werden, dass von ihnen her zu einer halbwegs konsistenten Gesamtpolitik gelangt werden kann – und nicht etwa die Weltbank mit ihren Kreditvergaberichtlinien dasjenige wieder einreißt, was zuvor durch multilaterale Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut wurde. Obendrein müssten die rudimentär schon vorhandenen globalen politischen Steuerungsstrukturen so ausgebaut werden, dass nicht allein Regierungen in internationalen Institutionen zusammenwirken, sondern es dort auch wirksame Organe zur Repräsentation der globalen Gesellschaft und ihrer Interessengruppen gibt.

Im innerstaatlichen Bereich waren es erst Ständerversammlungen und später Parlamente, aus denen sich machtvolle und legitimitätsstiftende Institutionen zur responsivitätssichernden Kommunikation zwischen politischen Eliten und Bevölkerung entwickelten. Ähnliches wäre fortan im supranationalen Bereich des

aufzubauenden globalen politischen Systems herbeizuführen. Bislang gibt es zwar noch keine institutionalisierten gesellschaftlichen Einflußstrukturen auf globaler Ebene, wie wir sie innerstaatlich in Gestalt von – an machtvollen Parlamenten ansetzenden – Parteien und Interessengruppen längst vorfinden, um die sich dann wiederum solche Medienberichterstattung aufranken könnte, die ihrerseits zum Kontrollinstrument globaler politischer Entscheidungen würde. Das alles findet sich auf globaler Ebene offenbar nur in allerersten Ansätzen, etwa in Gestalt jener medienträchtigen ‚Gegengipfel‘ zu bereits institutionalisierten Entscheidungsstrukturen, in denen sich eine kleine, in ihren Themen und Aktionsformen hochgradig selektive Vorhut globaler Interessengruppen – wie Attac, Greenpeace, Amnesty International ... – vorwiegend im Modus des Protestierens in die Steuerung des Globalisierungsprozesses einbringt. Noch hat derlei aber nicht den Status des Provokatorischen, Fallweisen oder Partiellen überwunden, ist noch kein wirklich globaler Interessengruppenpluralismus mit wechselseitig akzeptierten Arenen und Regeln der Konfliktaustragung entstanden, natürlich auch noch kein nach politischen – d.h.: nach *parteipolitischen* – Gesichtspunkten zusammengesetztes und wirkendes Repräsentationsorgan der global vernetzten Gesellschaften, und ebenfalls fehlt es noch an einer globalen Öffentlichkeit, in der kohärente und nachhaltig folgenreiche Debatten über die globalen Gestaltungsaufgaben geführt werden könnten.

Gewiss ist es Aufgabe der Politik, nicht aber der politischen Bildung, auf ein Entstehen all dessen hinzuwirken. Doch politische Bildung kann der Politik dabei helfen: Sie kann politisch Interessierten jene fruchtbaren Möglichkeiten supranationaler politischer Systembildung vor Augen führen und auf diese Weise einen konstruktiven Mittelweg zwischen fatalistischer Globalisierungsakzeptanz und wütender Globalisierungsgegnerschaft weisen; und sie kann obendrein Diskussionsprozesse initiieren, in deren Verlauf aus ersten Ideen solchen Institutionendesigns auch schrittweise realisierbare Projekte entstünden. Derlei ist eine in der Tat neue Herausforderung für die politische Bildung. Auch hier kann sie freilich mit bewährten Konzepten weiterarbeiten: Seit langem schon hat sich die politische Bildung mit Föderalismus und Inter-Gouvernementalismus, mit internationalen Regimen und Parlamentarismus beschäftigt. Was dabei an systemkonstruktiven Einsichten gewonnen wurde, das könnte – angereichert mit politikwissenschaftlichen Ideen zum neuartigen ‚political engineering‘ auf globaler Ebene – in derartige Bildungsanstrengungen eingebracht werden.

Allerdings stellte das der politischen Bildung noch eine weitere Herausforderung. Nicht exemplarisch nämlich, sondern nur im Blick auf die Gesamtgestalt der Probleme und institutionellen Möglichkeiten läßt sich ja in solchen Zusammenhängen Tragfähiges erkennen. Das eingebürgerte fachdidaktische Know-how begünstigt jedoch eher die Arbeit am interessierenden Detail, viel weniger aber die Vermittlung einer – notwendigerweise dann auch in gewisser Weise abstrakten – Gesamtschau. Auf diese Weise schürt politische Bildung bislang eher das Leiden an den anscheinend gar nicht mitzugestaltenden Prozessen der Globalisierung sowie

Versuche, die Globalisierung selbst zurückzudrängen, und weckt allzu wenig Neugier auf taugliche Lösungen eines zunächst einmal sogar als wünschenswert (!) akzeptierten Problems – wie eben der Globalisierung.

4. Aufklärung über die prärevolutionäre Situation der Weltgesellschaft und über angemessene Reaktionen auf sie

Gewiss ist auch die Ungerechtigkeit globaler Reichtums- und Chancenverteilung ebenso wie der Nord/Süd-Konflikt seit langem schon Gegenstand politischer Bildungsarbeit. Gleichwohl scheint der wirkliche Ernst der Lage im größten Teil des Programmangebots politischer Bildung noch nicht angemessen vermittelt zu werden – mit der Folge, dass weithin noch Illusionen über einen sehr folgenreichen Teil der Globalisierung bestehen. Im Kern geht es hier darum, dass eben die Globalisierung eine Art ‚prärevolutionäre Lage‘ der Weltgesellschaft weiter verschärft und die Gesellschaften der reichen westlichen Staaten gleichsam in die Lage von französischen Aristokraten im Vorfeld der sich abzeichnenden Revolution geraten sind.

Eine gerade in der politischen Bildungsarbeit weit verbreitete ‚Standardtheorie‘ der Globalisierung lässt sich nämlich so zusammenfassen: An der Spitze der weltweiten Macht- und Reichtumspyramide stehen, nachgerade unverrückbar, die westlichen Staaten; die Globalisierung schadet zwar auch Teilen von deren Gesellschaften, vor allem aber den ‚Entwicklungsländern‘; und somit, obendrein aufgrund der moralischen Erblasten aus Kolonialismus und Imperialismus, tragen die westlichen Staaten des ‚Nordens‘ ganz besondere Verantwortung für die an der Globalisierung besonders leidenden Staaten des ‚Südens‘. Hieran ist zwar wenig falsch. Doch wichtige weitere Dinge werden von dieser Theorie durchaus ausgespart, was sie gleichsam nur halb wahr sein lässt.

Zur Globalisierung gehört nämlich auch: Sie löst jene ‚Verwestlichung‘ der Welt ab, als die allein man sich lange Zeit die ‚Modernisierung‘ von ‚Entwicklungsländern‘ vorstellte; mit ihr geht das Ende westlicher wirtschaftlicher, kultureller, auch militärischer Dominanz einher; und obendrein wird die Dynamik der weiteren Entwicklung von einer dramatischen Verquickung von demographischer Situation und gesellschaftlicher Wohlfahrt geprägt: Die Bevölkerungen der reichen Staaten sind alt und werden sowohl älter als auch weniger, die Bevölkerungen der armen Staaten sind hingegen jung und werden in vielen Fällen immer noch zahlreicher – wobei gerade ihren jungen Leuten sowohl die Ungerechtigkeit globaler Reichtums- und Chancenverteilung als auch die eigene faktische Übermacht immer klarer wird, zumal deshalb, weil doch Fernsehen und Internet die Diskrepanz zwischen ‚denen im Norden‘ und ‚uns im Süden‘ täglich recht schmerzhaft vor Augen führen.

Beiderlei Ungleichgewichte – einesteils das an Bevölkerungsalter und Bevölkerungszahl, andernteils jenes an Wohlstand und Lebenschancen – tendierten in der Geschichte noch immer zum Ausgleich – komme er als Ergebnis von Verhandlungen und Verträgen oder als Resultat von Revolutionen oder von Eroberungs- und Vernichtungskriegen. Gewiss wiederholt sich nicht ‚die Geschichte‘. Doch sehr wohl vergehen nicht alle Problemlagen mitsamt jenen Zeiten, in denen sie einmal schon bestanden. Dann lehrt freilich das auch Schicksal des Römischen Reiches im ‚globalen Umbruch‘ des 4.-7. Jahrhunderts mancherlei über die uns vermutlich in den kommenden Jahrzehnten gestellten Herausforderungen.

Wir sehen doch viele ihrer Vorboten: den – noch recht sanften – Migrationsdruck an den Südgrenzen von EU und USA; den gezielten Terrorismus, getragen von jungen Leuten und entzündet von kulturellen sowie machtpolitischen Differenzen zwischen der westlichen Zivilisation und – derzeit – der islamischen Welt; sowie das Verlangen nach ‚südlicher‘ Teilhabe am westlichen Reichtum in Klimakonferenzen, in Handelskonferenzen und generell bei Debatten um die Ursachen, Erscheinungsformen, Überwindungsmöglichkeiten und Erblasten des Nord/Süd-Konflikts. Auch tun wir gut daran, die sich jetzt schon abzeichnenden Druck- bzw. Erpressungspotentiale ernst zu nehmen, die man gewiss eines Tages gegen uns einsetzen wird: von der – auch angesichts des nordkoreanischen Beispiels – gewiss kommenden ‚islamischen Atombombe‘ über die jetzt schon sich ausbreitende, freilich noch gleichsam ‚private‘ Piraterie auf so manchen Meeren bis hin zur vermutlich zweckbezogen genutzten Störung weltweiter elektronischer Netze und Schifffahrtsverbindungen durch Banden im verdeckten Staatsauftrag.

Das alles ist ein wichtiger Teil, eine maßgebliche Erscheinungsform und ein wirkungsvoller Beschleunigungsfaktor von Globalisierung. Ihm muss – will man es nicht auf terroristisch oder kriegerisch ausgetragene Verteilungskonflikte ankommen lassen – mit dem Hinarbeiten auf friedlichen Interessenausgleich zwischen ‚uns Reichen‘ und ‚den anderen‘ begegnet werden. Dem kann sehr wohl jener Einfluss dienen, den die politische Bildung bei der Vermittlung von Wissen über die beschriebenen Zusammenhänge sowie bei der Prägung von Gefühlen, Überzeugungen und Anspruchshaltungen der Betroffenen zu nehmen vermag. Sie wird aber gut daran tun, dabei nicht mehr von der oben umrissenen, eher paternalistischen ‚Standardtheorie‘ unserer Verantwortung im Zeitalter der Globalisierung auszugehen, sondern von deren Erweiterung durch die umrissenen, recht hart aufstoßenden Tatsachen.

5. Werben für aufgeklärten Patriotismus – gerade in Zeiten akzeptierter Globalisierung!

Werben für Patriotismus war jahrzehntelang gerade kein Thema der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Eher befasste man sich mit der kritischer Hinterfragung von Patriotismus und legte viel lieber dar, auf eine wie schiefe Ebene sich unser Volk schon einmal mit seinem – zwischen den Befreiungskriegen und der nationalsozialistischen Diktatur ganz selbstverständlich – Patriotismus begeben habe. Auch leuchtet es nicht gleich auf den ersten Blick ein, weshalb gerade das Zeitalter der Globalisierung Anlass für eine (Re-) Kultivierung von Patriotismus geben sollte.

Doch schon auf den zweiten Blick wird das klar. Patriotismus meint den Wunsch, dem Heimatland möge es gut gehen, verbunden mit der Bereitschaft, dazu auch Eigenes beizutragen. Das ist gerade unter dem Druck der Globalisierung eine höchst plausible Haltung, bedroht die Globalisierung doch stark auch solche Dinge, die einem recht wertvoll sein mögen. Noch deutlicher aber macht den Wert von Patriotismus angesichts der Globalisierung ein zweiter Gedanke. Wenn zu dieser die Doppelwirkung von immer schärferen Verteilungskonflikten in den westlichen Staaten sowie das absehbare Ende der wohlstandsbewirkenden westlichen Vormachtstellung in der Welt gehört: Was befähigt dann wohl unsere westlichen Staaten, die auf sie zukommenden Konflikte – von den Spannungen im Sozialstaat bis zur (obendrein wirtschaftlich nötigen!) Integration von Zuwanderern in ohnehin auseinanderdriftende Gesellschaften – *solidarisch* zu durchstehen und die mit den dabei auftretenden Schwierigkeiten gewiss einhergehenden Legitimationsprobleme zu bewältigen? Vermutlich gerade Patriotismus im gerade definierten Sinn!

Doch auf welche territoriale Einheit sollte sich Patriotismus im Zeitalter der Globalisierung beziehen? Die deutsche Vision bestand lange darin, man könne die als so belastend empfundene deutsche Nationalität doch wieder loswerden: Einesteils werde Deutschland in einem vereinigten Europa aufgehen – und andernteils werde reiner Verfassungspatriotismus eine multikulturelle und eben nicht mehr unangenehmerweise ‚deutsche‘ Gesellschaft in höchst moderner, nämlich in *postnationaler* Weise integrieren. Solches Denken wurde auch mittels politischer Bildung lange Zeit gefördert, insbesondere in Form einer systematischen Nationalismuskritik, die mit dem – niemals akzeptablen – Überborden von Nationalismus in Chauvinismus und Rassismus auch den höchst schätzenswerten patriotischen Kern nationalen Empfindens zu beseitigen versuchte.

Es zeigte sich nun aber, dass ‚postnationaler Patriotismus‘ allenfalls deutscher Sonderweg sein mag, nicht aber etwas, das sich auch andere große Staaten der Erde zu eigen machen werden. Obendrein ist sogar in Deutschland, zumal nach dem Ende jener Teilung des Landes, deren Schmerz man durch Verzicht auf nationales Empfinden zu lindern versuchte, ein auf die Nation bezogener Patriotismus wieder zu einem guten Gewissens empfundenen, gefahrlos bekundeten und auch nicht länger

als politisch unkorrekt gebrandmarkten Gefühl geworden. Im Übrigen erwies die Wirklichkeit der Globalisierung, dass gerade in solchen Zeiten eben doch der (National-)Staat der einzige halbwegs verlässliche Schutzschild gegen die Fährnisse von Globalisierung und das einzige zielführende Mittel zur Schaffung jener supranationalen Steuerungsstrukturen ist, die es zur politischen Mitgestaltung der ins Werk gesetzten Globalisierung nun einmal braucht.

Entsprechender Patriotismus, der ein Binde- und Integrationsmittel auch unseres, unter den Druck der Globalisierung geratenen Landes sein kann, wächst aber gerade in Deutschland nicht einfach von selbst, und er wächst schon gar nicht von selbst in jenen kultivierten, aufgeklärten Typ von Patriotismus hinein, den wir uns als einzige Erscheinungsweise von Patriotismus wünschen sollten. Also ergibt sich gerade für die politische Bildung die Aufgabe, zwar nicht *nur*, doch sehr wohl *auch* der Globalisierung wegen an der Schaffung und Verbreitung eines solchen kultivierten Patriotismus mitzuwirken.

Was aber wären seine – durch politische Bildung zu vermittelnden – Inhalte? Erstens muss er ein auf die freiheitliche demokratische Grundordnung bezogener Verfassungspatriotismus sein: eine offen bekundete und allem politischen Handeln zugrunde gelegte Zuneigung zu jener politischen Ordnungsform, die Deutschland unter allen Staatsformen, mit denen es unser Land je versucht hat, nun wirklich am besten bekommen ist. Zweitens äußert sich deutscher Patriotismus im politischen Handeln und Sprechen aus einem Gesamtverständnis der deutschen Geschichte und Kultur heraus. Also ist es Zeit, auch seitens der politischen Bildung wieder jenes Ganze in den Blick zu nehmen: das vor-nationale sächsisch-salisch-staufische Deutschland ebenso wie das auf eine friedliche Streitbeilegung ausgerichtete System des nachwestfälischen Reiches, den Kosmopolitismus der deutschen Klassik nicht minder als die Leistungskraft deutscher Wissenschaft und Technik. Und dann natürlich auch die Katastrophe der nationalsozialistischen Diktatur – und desgleichen, was in Deutschland nach Abkehr von der Verführungskraft des Totalitären eben auch wieder an Gutem gewachsen ist.

Drittens gehört zum Patriotismus der Deutschen die Verbundenheit mit ihrer jeweiligen Heimatregion, die innere Bindung an deren Mundart, Landschaft und Bräuche. Unter den Zuwanderern wird das auf lange Zeit die innere Bindung an ihre Herkunftsländer einschließen – doch hoffentlich bald auch die feste innere Bindung an ihre neue *res publica* bzw. *res populi*. Viertens gehört auch zu deutschem Patriotismus eine nicht nur tatkräftig ins Werk gesetzte, sondern immer wieder in ganz selbstverständlicher Weise bekundete Zuneigung zum eigenen Land und zu dessen Leuten. Dem gesellschaftlichen Zusammenhalt wäre in der Tat viel geholfen, würde Vaterlandsliebe dieser Art nicht nur empfunden, sondern auch immer wieder zum Ausdruck gebracht – und würde durch politische Bildung dazu ermuntert, das alles auch wirklich zu tun. Besonders wichtig ist derlei in Zeiten, da längst nicht alle Probleme gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Gerechtigkeit gelöst oder wenigstens im Griff sind – und somit im Normalfall, und zumal unter den Bedingungen der Globalisierung.

Warum sollte solcher Patriotismus nicht auch in Zeiten der Globalisierung passen? Womöglich ist zwar die freiheitliche demokratische Grundordnung, auf die sich unser Verfassungspatriotismus bezieht, nicht wirklich universalisierbar, jedenfalls nicht unter allen denkbaren Umständen. Doch mindert das ihren Wert als normative Vision von einer guten politischen Ordnung auf der ganzen Erde? Und bringen die deutsche Kultur und Geschichte nicht ins globale Konzert der Völkerschaften und Kulturen ganz eigene, wertvolle Klänge ein, für deren weiteres Erklängen es schon lohnen mag, gerne ein Deutscher und ein Träger deutscher Kultur zu sein? Und warum sollte Liebe zum eigenen Land sich nicht mit Globalisierung vertragen? Wünschen wir uns denn nicht immer gerade dann besonders stark eine patriotische Gesinnung, wenn deutsche Wirtschaftsführer sich hart an Lohnstückkosten und an der Kapitalrendite orientieren, nicht aber daran, wie sehr ihre unternehmerischen Entscheidungen so manchem deutschen Landstrich schaden? Und wieso sollte frei weg bekundete Zuneigung zu unserem Land und seiner Kultur andere an sich schon verletzen und ausgrenzen? Kann es denn nicht auch innerhalb einer Gesellschaft und zwischen Staaten solche einenden Gemeinsamkeiten geben, zu denen man andere einfach deshalb einlädt, weil man sie selbst als so gut und schön empfindet, dass man sie gerne teilen möchte?

Vermutlich fassen aber noch allzu viele Bürger und politische Bildner Multikulturalität vor allem als eine Bereicherung des *eigenen* Landes auf, nicht aber auch als ein solches Reichermachen von *Zuwanderern* oder von *anderen* Nationen, das sich eben durch Teilen und Mitteilen unserer eigenen Kultur vollzieht. Wahrscheinlich sind es auch vor allem sie, denen Patriotismus und Globalisierung nicht recht zusammenzupassen scheinen. Hier umdenken und Besseres lehren zu sollen: Das ist wohl nicht die geringste Herausforderung einer politischen Bildung, die wirklich in die kulturellen und emotionalen Tiefenschichten unseres Gemeinwesens hineinwirken will.

IV. Chancen politischer Bildung

Entsprechen so großen Herausforderungen politischer Bildung nun auch ihre Chancen? Einesteils sind derlei Chancen ohnehin durch die politische Wirklichkeit selbst begrenzt: Keinerlei politische Bildung kann in mittlerer Frist wiedergutmachen, was falsche Politik oder schlechte Politiker auf die Schnelle anzurichten vermögen – gleich ob in Form der Verschwendung öffentlicher Mittel, ob als Folge ungerechter Politik oder ob in Gestalt größerer Skandale. Andernteils funktioniert politische Bildung auch nicht als jenes Feuerwehrunternehmen, als welches sie von Politikern oft eingeschätzt oder behandelt wird. Gewiss nimmt man für die politische Bildung immer wieder gerne jene Zusatzmittel an, welche ob rechtsradikaler Umtriebe besorgte Politiker nach Jahren des Kürzens und Streichens einige Zeit lang

ausreichen. Doch so entsteht oft nur Strohfeuer – und das verpufft. Wirkliche Chancen hat politische Bildung nur als Langfristunternehmen mit verlässlicher Langfristunterstützung durch Politik, Lehrerschaft und Massenmedien – und als ein Unterfangen, das auf seine Leistungsmöglichkeiten und Leistungen auch stolz ist.

Bei alledem ist zwar vieles ganz anders als zur großen Aufbruchszeit bundesdeutscher politischer Bildung in den späten 1960er, in den frühen 1970er Jahren. Damals war das Pro und Contra zu – vor allem – marxistisch inspirierten Hoffnungen ein machtvolleres Magnetfeld, in dem selbst das Klein-Klein didaktischer Materialien einen es selbst transzendierenden Sinn empfing! Aber es wird sich kaum einer jene Zeit ideologischer Kämpfe und Abwehrkämpfe zurückwünschen, denn politischer Bildung tut Ideologisierung nicht wirklich gut. Doch das Gegenteil von Ideologisierung ist ja nicht inhaltliche Beliebigkeit bei Rückzug auf formale Fertigkeiten wie Materialsammeln und Materialauswerten, wie zungenfertiges Kritiküben und sich im Aktionistischen erschöpfende Handlungskompetenz. Das Gegenteil von Ideologisierung ist vielmehr die Reflexion und Vermittlung bewährter Einsichten. Auf dem Weg dorthin ist die politische Bildung einesteils mit ihrer demokratiepädagogischen Akzentuierung, andernteils – und mehr noch – mit ihrer Wiederentdeckung von Inhalten aber auf einem guten Weg. Sie bemüht auch redlich um eine neue Standortbestimmung – hinsichtlich ihrer vordringlichen Zielsetzungen, hinsichtlich der vordringlich zu vermittelnden Inhalte, auch hinsichtlich wirklich wirkungsvoller Methoden. Selbst dem Gedanken einer Evaluation ihrer Bildungswirkungen verschließt sie sich nicht mehr völlig. Und in den neuen Bundesländern dürfte der politischen Bildung, sobald in wenigen Jahren überwiegend solche Lehrer an den Schulen tätig sind, die grundständig für die politische Bildungsarbeit ausgebildet wurden, vielleicht sogar neue Kraft zuwachsen – und zwar auch organisatorisch in den Landesverbänden der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Im Übrigen kann man durchaus stolz sein auf das dichte Geflecht von Institutionen und Organisationen, die wir in Deutschland für die politische Bildungsarbeit besitzen: von den Schulen mit ihren politisch bildenden Lehranteilen über die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und vielerlei gesellschaftliche Bildungswerke bis hin zu den parteinahen Stiftungen, die sich in ganz besonderer Weise der politischen Prägung künftiger Meinungsführer und auch Politiker widmen. Wirklich große Chancen eröffnet allein schon die Aufrechterhaltung und Nutzung dieser vorzüglichen Möglichkeiten im Dienst klarer Ziele.

Mir persönlich schwebt bezüglich solcher Ziele vor, dass sich – und gerade angesichts der erörterten Herausforderungen – die politische Bildung wieder auf zentrale Wertfragen hin ausrichtet, vor allem auf die folgende: Was wäre wohl wirklich eine gute Ordnung im Staat und zwischen den Staaten – und zwar eine realisierbare gute Ordnung, die nicht vom Menschen absieht, wie er als Individuum und als Kollektiv wirklich ist, und die nicht gegen die realen Funktionszusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft, Kommunikation und Politik angehen will, sondern auf diese ganz einfach aufgebaut ist. Gewiss taugt eine

solche, letztlich philosophische Akzentuierung politischer Bildung nicht für jeden – sehr wohl aber für jene Minderheit, welcher die Sorge um die geistigen, kulturellen und habituellen Grundlagen unseres Gemeinwesens ein ihr Lebenswerk nachhaltig prägendes Anliegen ist. Genau diese Minderheit gilt es aber auch Generation für Generation neu zu gewinnen, wenn das so wichtige und so großartige Unterfangen politischer Bildung erfolgreich weitergeführt werden soll.

Wie herausfordernd dieses Unterfangen ist, will ich abschließend in ein Bild fassen. Ein freiheitlicher Staat und die ihn auf Dauer stellenden inneren Haltungen sind nämlich so ausgefallene Kulturleistungen wie Europas gotische Kathedralen. Viele dieser Kathedralen bestehen aus weichem und witterungsanfälligem Stein, etwa aus Sandstein. Politischer Bildung in einem freiheitlichen Land ist nun gleichsam nichts anderes aufgegeben, als riesige, witterungsanfällige Sandsteinkathedralen instand zu halten. Dabei kommt die Arbeit nie an ein Ende; vielmehr tun sich immer wieder, und zwar wegen der Natur der Sache, neue Probleme und neue Baustellen auf. Eben das gibt der konkreten Arbeit hier und jetzt etwas leicht Verdrießliches. Und mutwillige Beschädigungen – sei es der filigranen Bauteile einer gotischen Kathedrale, sei es unserer so komplexen politischen Ordnung – führen dann auch immer wieder zum heiligen Zorn, mitunter auch zur zeitweisen Verzweiflung. Trotzdem motiviert einen immer wieder die Herausforderung und Chance, eine herausragende Kulturleistung für die nachfolgende Zeit zu bewahren – eine Leistung, die viel größer ist als alle eigenen Werke oder die Errungenschaften allein der jeweils eigenen Generation. Und wenn aus einer Kathedrale dann auch noch Orgelmusik im strahlenden Dur erklingt, dann verscheucht das rasch alle Mollstimmung der Kathedralhandwerker.

Ziemlich genau so sollten wir, alles in allem, über die Herausforderungen und Chancen politischer Bildungsarbeit nachdenken. Wir sollten solchen Kathedralhandwerkern dankbar sein, die mit großen Meriten ihre Dombauhütte nach vollbrachter Pflicht verlassen, und wir sollten unseren Ehrgeiz darein legen, deren Arbeitsplätze bestmöglich neu zu besetzen. Und wir alle sollten denen, die mit uns und nach uns arbeiten, möglichst gute Vorbilder beim so wichtigen Handwerk politischer Bildungsarbeit sein. Dann wird auch der so bewunderns- und erhaltenswerte Bau des demokratischen Verfassungsstaates, der uns anvertraut ist, jene Zeitspanne gut überdauern, für die wir und unsere Nachfolger verantwortlich sind.